



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Situation in den Vereinigten Staaten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

er ihre einenden und versöhnenden Elemente beseitigt. So bleibt ihm nur das in sich zwiespältige, feindselige Paar ungleicher Söhne an Stelle des Vaters, Unvernunft und Vernunft ohne Einheit, und ein Kampf zwischen den Söhnen, der den langsamen Tod des Einen und Dual und Tod all' seiner Waffenträger und Dual und Tod auch der Waffenträger des Andern will, nur damit der Sieger im Anschauen des leeren Schlachtfeldes und im Gefühle seines eigenen Nichts — selig sei.

Bur Situation in den Vereinigten Staaten.

Seit einiger Zeit tritt das scharfe Verhältniß zwischen dem Süden und Norden der Vereinigten Staaten, welches sich durch die milde und gerechte Regierungspolitik des Präsidenten Rutherford B. Hayes friedlicher und freundlicher zu gestalten schien, wieder in grellster Weise hervor. Schon bei den letzten Kongresswahlen, die im Herbst des verflossenen Jahres stattfanden, gelang es der demokratischen Partei, in den Südstaaten fast ihre sämtlichen Kandidaten durchzubringen, allerdings in vielen Fällen nicht ohne Anwendung von Betrug und Gewalt. Die Demokraten rühmten sich, daß der Süden in geschlossener Phalanx als „Solid South“ dem republikanischen Norden gegenüberstehe, und in einzelnen Südstaaten, wie in Alabama und Virginien, faßten die betreffenden Staatslegislaturen Beschlüsse, welche der Bundesregierung geradezu Hohn sprachen, das 13., 14. und 15. Verfassungsamendement für „null und nichtig“ (null and void) erklärten und ganz wieder den rebellischen Geist der Sezession von 1861 athmeten. Entsprechend dem Verhalten der Demokraten in den Südstaaten war das Vorgehen der demokratischen Parteiführer in der Bundesgesetzgebung zu Washington City. Senator Beck von Kentucky nahm vollständig den Standpunkt der partikularistischen und unionsfeindlichen Staatenrechtsdoktrin ein und erklärte, daß die Unionsregierung sich in keiner Weise in die nationalen Wahlen zu mischen habe; den Einzelstaaten allein stehe das Recht zu, diese Wahlen zu leiten und zu beaufsichtigen. Und als am 3. März d. J., in der letzten Sitzung des 45. Kongresses, im Bundesssenat die auf Stimmenfang berechnete Pensionsbill zur Schlußberathung kam, stellte der Senator von Massachusetts, Hoar, das Amendement, daß der frühere Rebellenpräsident Jefferson Davis, der den Krieg gegen Mexiko mitgemacht hatte, von der Pensionsberechtigung ausgeschlossen werde, weil er weder durch Wort noch That seine Theilnahme an der Rebellion bereut, niemals das ver-

lorne volle Bürgerrecht wiederzuerhalten gesucht habe und allem Anscheine nach noch jetzt der Union feindlich gesinnt sei. Dieses Amendement versetzte die südlichen Senatoren in die äußerste Wuth, und namentlich war es Lamar, ein früherer Rebellenoffizier, der Jefferson Davis mit Lobsprüchen überhäufte und ihn mit den größten Helden der alten und der neuen Zeit verglich. Vergebens entrollte der republikanische Senator Zacharias Chandler, der mit Jefferson Davis vor zwanzig Jahren in den Bundes Senat eintrat, in einer ergreifenden Rede ein getreues Bild von dem landesverrättherischen Expräsidenten der früheren südlichen Konföderation, wie er „mit Verrath im Herzen und Meineid auf den Lippen (with treason in his heart and perjury upon his lips) der Regierung Treue geschworen, auf deren Untergang er sann“. Niemand vermochte ihn zu widerlegen, aber der Senat beschloß mit einer Mehrheit von 18 Stimmen, daß Jefferson Davis pensionsberechtigt sei.

Die Demokraten im Repräsentantenhause und im Senate des Kongresses verstanden es, das Ende des 45. Kongresses herankommen zu lassen, ohne daß die zur Fortführung der Regierung und zum Unterhalte der Bundesarmee notwendigen Gelder bewilligt waren. Sie wußten wohl, daß dadurch eine kostspielige Extra-Sitzung des Kongresses veranlaßt wurde; aber eine solche Sitzung war gerade das, was sie erstrebten, weil die demokratische Partei in dem neuen, dem 46. Kongresse in beiden Häusern der Bundesgesetzgebung, im Repräsentantenhause und im Senate, die Mehrheit hat und sich dadurch in den Stand gesetzt glaubt, mit Erfolg die Vorbereitungen für den im Jahre 1880 stattfindenden Wahlkampf um die Präsidentschaft zu treffen. Vor allen Dingen kommt es den Demokraten auf eine Schwächung der Nationalgewalt und eine Herabminderung der ohnehin schon geringen, nur aus etwa 25000 Mann bestehenden Bundesarmee an. Von jeher hat die Partei der Demokraten, namentlich der südlichen Demokraten, eine mehr zentrifugale Politik verfolgt und die Rechte der Einzelstaaten auf Kosten der Bundesgewalt auszudehnen gesucht. Die partikularistische Lehre von den sogenannten „Staatenrechten“ (the State-Rights Doctrine) ist echt demokratischen Ursprungs. So lange die demokratische Partei im Besitze des Präsidentenamtes war und das Heft der Union in den Händen hielt, kam es ihr weniger auf die Stärkung der Union, als auf die Stärkung der Partei und der Einzelstaaten an, in denen sie herrschte. Die Basis ihrer Herrschaft war aber nicht die Freiheit, sondern die Negerflaverei, und diese suchte sie so weit als möglich auszubreiten. Dieses Streben brachte sie in der Präsidentenwahl vom Jahre 1860 zu Fall, es rief die Sezession und den Bürgerkrieg hervor, der mit der Aufhebung der Negerflaverei endete und unter der Leitung der republikanischen Partei eine straffere Zentralgewalt in's Leben rief. Unter Grant's Präsidentschaft herrschte in den

Südstaaten, den früheren Sklavenstaaten, vielfach eine Militärdiktatur, die den sezeffionellen Geist der Südländer niederhielt. Erst als Präsident Hayes 1877 in das „Weiße Haus“ einzog, erhielt der Süden der Union seine volle Freiheit wieder. Der Gebrauch aber, den die südliche Demokratie von der wiedererlangten Freiheit bisher gemacht hat, ist kein weiser gewesen. Wie schon angedeutet, leben die alten rebellischen Sezeffionsgelüste wieder auf, die Lehre von den „Staatenrechten“ wird wieder mächtig, man will die Verfassungsamendements, die den Negern politische Bürgerrechte zugestehen, wieder aufheben, man glorifizirt die niedergeworfene südliche Konföderation, man schreit über Gewalt, wenn die Bundesregierung, nöthigenfalls mit Hilfe der Armee, die Freiheit des Wahlrechtes zu schützen bemüht ist, man will das stehende Heer, welches kaum hinreicht, die Indianer in Ordnung zu halten, die mexikanische Grenze zu schützen und etwaige Pöbelaufstände niederzuwerfen, abschaffen, weil es angeblich nicht konstitutionell sei, man läßt den alten sezeffionistischen Ruf: „Laßt uns allein“ (Let us alone) wieder ertönen, — kurz man ist auf dem besten Wege, die blutig errungenen Resultate des Bürgerkrieges über den Haufen zu werfen. Ganz könnte dies freilich, wenn es überhaupt möglich ist, erst gelingen, wenn die demokratische Partei wieder die Zügel der nationalen Herrschaft in den Händen hält, wenn sie Besitz von dem Präsidentenamte genommen hat. Um dies zu erringen, scheut sie daher keine Anstrengungen; alle Mittel dazu scheinen ihr recht und genehm. Sie hat die Majorität in beiden Kongreßhäusern, und sie wird von diesem Umstande Gebrauch machen.

„Die südliche Konföderation“, so schrieb kürzlich ein demokratisches Journal in Washington City, der Hauptstadt der Union, „hat endlich Besitz vom Kapitol und der nationalen Gesetzgebung genommen“; und mit Jubel begrüßte ein demokratisches Blatt im Staate Mississippi diese Worte, indem es hinzufügte: „Ja, Gott sei Dank, wir haben das Kapitol erobert und herrschen in den Hallen der nationalen Gesetzgebung. Im Jahre 1880 wird unser Mann in das „Weiße Haus“ einziehen und Besitz von dem Präsidentenstuhl nehmen. Dann erst wird unser Triumph vollkommen sein, dann werden wir die von den Republikanern durchgesetzten Amendements aus der Bundesverfassung herausreißen und in den Noth treten (trample in the mire). Dann wollen wir die Ketten brechen, die der Unabhängigkeit der Einzelstaaten angelegt sind. Das Recht der Sezeffion wollen wir dann anerkennen, ein Recht, das nicht todt ist, sondern nur schläft. Wir wollen das Kapitol schmücken mit den Bildnissen von Jefferson Davis, Robert E. Lee, J. E. B. Stuart und allen den heldenmüthigen Führern einer Sache, die nicht verloren ist, sondern noch Leben hat. Ja, Gott sei Dank, wir haben das Kapitol erobert, und von dort aus

wollen wir die Republik regieren in einer Weise, daß die Republikaner für alle Ewigkeit in Amerika verhaßt werden."

Diese Ausbrüche südlichen Jubels klingen etwas wild und siegesberauscht, aber sie dienen zur Charakteristik der Gefühle und Gesinnungen, welche gegenwärtig einen großen Theil der Südstaaten der Union beseelen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn man im Norden der Union von dem Herannahen einer „neuen Rebellion“ spricht. Die „New-York Times“ warnt die „neuen Rebellen“ und ruft ihnen zu, sie sollen sich nicht dem Wahne hingeben, daß der Geist von 1861 im Norden geschwunden sei. Wenn die Südländer so fortführen, wie sie jetzt angefangen, dann würden sie mit Schrecken und zu ihrem Schaden erfahren, wie rege jener Geist sei, nachdem sie ihn übermüthig und leichtsinnig aus seinem Schlummer geweckt. Die „New-York Tribune“ aber freut sich über den Umstand, daß die „neue Rebellion“ schon jetzt so keck hervortritt und den Augenblick kaum erwarten kann, wo ihre Urheber auch die Macht, sie glücklich durchzuführen, an sich gerissen haben werden. „Hätten die Rebellenstaatsmänner,“ bemerkt das genannte Blatt, „von denen die Union und die neuesten Verfassungsamendements nach dem Bürgerkriege anerkannt wurden, noch eine Weile gewartet, so wäre es möglich gewesen, daß sie die Resultate jenes schrecklichen Kampfes durch ihre Stimmen an der Wahlurne hätten ungeschehen machen können. Nach allen unseren Opfern und Leiden mochten die von uns im Felde besiegten uns um die Früchte des Sieges betrogen haben. Zum Glück aber warnen sie uns täglich auf's neue. Der loyale Norden sieht und erkennt die Gefahr, und er wird ihr zu begegnen wissen, er wird keine zweite Sklavenhalter-Rebellion aufkommen lassen. Bevor der Triumph der Südländer vollkommen ist, werden dieselben mit derselben Partei zu rechnen haben, die mit ihnen bei Antietam und Gettysburg zusammentraf, sie zu Boden warf und die Union rettete.“

Als der 46. Kongreß am 18. März d. J. zu einer Extra-Sitzung zusammentrat, zeigte es sich, daß die Warnungen der unionstreuen republikanischen Blätter nicht ungehört verhallt waren. Wohl hatten die Heißsporne der demokratischen Partei am Tage vorher in einer Parteiverammlung den energischen Versuch gemacht, für das wichtige Sprecheramt im Repräsentantenhause des Kongresses einen ihrer talentvollsten Führer, Blackburn aus Kentucky, zu ernennen, allein der besonnenere Theil der Partei erkannte die Gefahr, die aus einem solchen rücksichtslosen Vorgehen entstehen würde, und entschied sich für den früheren Sprecher, Randall aus Pennsylvanien. Demnach hat der extreme Flügel der demokratischen Partei vorerst eine Niederlage erlitten. Wie lange aber die ruhiger denkenden Mitglieder ihre sich überstürzenden Parteigenossen werden im Zaume halten können, ist sehr

zweifelhaft; irgend ein unvorhergesehener Umstand kann die kühleren Köpfe bei Seite schieben und die heißblütigen „Feuereßer“ (Fireeaters) die Oberhand gewinnen lassen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sich die Demokraten nicht damit zufrieden geben, in der Extra-Sitzung der Regierung nur die zur Fortführung der Geschäfte nöthigen Gelder zu bewilligen, sie werden politische Maßregeln zur Sprache bringen, die auf die nächste Präsidentenwahl Bezug haben, und hierbei wird und muß sich ein harter Kampf mit den Republikanern entwickeln. Schon die Bewilligung der Gelder für die Erhaltung der Armee wird zu den heftigsten Debatten Veranlassung geben. Das übermüthige und herausfordernde Auftreten der extremen Südländer und ihrer nördlichen Bundesgenossen hat übrigens den Präsidenten Hayes der Masse der republikanischen Partei näher gebracht, als dies früher der Fall war, und somit können die Republikaner der Zukunft ruhigen Muthes in's Auge sehen. Die schlimmen Beschlüsse der demokratischen Partei können durch ein Veto des Präsidenten leicht illusorisch gemacht werden, da letztere im Kongresse nicht über eine Zweidrittelmajorität verfügt. Jedenfalls darf man dem Resultate der jetzt tagenden Extra-Sitzung des Kongresses mit Spannung entgegensehen; ohne Einfluß auf die nächste Präsidentenwahl wird sie nicht bleiben.

Literatur.

Geschichte der Griechischen Literatur. Für Gymnasien, höhere Bildungsanstalten und zum Selbstunterrichte von Eduard Munk. 3. Auflage. Neu bearbeitet von Richard Volkman, Gymnasialdirektor in Jauer. Erstes Heft. Berlin, F. Dümmler, 1879.

Daß Bücher ihre Schicksale haben, das hat auch Munk's Griechische und Römische Literaturgeschichte erfahren müssen. Die erstere ist zuerst 1849 erschienen, dann in einer zweiten, vom Verfasser selbst noch besorgten Ausgabe 1863, und jetzt endlich, also volle 30 Jahre nach dem ersten Erscheinen des Buches, kann die Verlags-handlung mit einer dritten, von fremder Hand bearbeiteten Ausgabe hervortreten. Der Absatz von zwei Auflagen binnen drei Jahrzehnten — in der That ein lächerliches, eigentlich unbegreifliches Resultat einem so trefflichen, praktischen, brauchbaren Buche gegenüber! Munk's Darstellung ist der heutigen Generation fast unbekannt, und doch ist sie für den weiteren Kreis der Gebildeten, wenn wir von Otfried Müller's schönem Torso absehen, eigentlich das einzige Buch auf diesem Gebiete, das man mit gutem